

Bu Dr. 313/I. K. N. V.

129

Anfragebeantwortung

des Staatssekretärs für Äußeres.

Zu der in der Sitzung vom 24. März l. J. überreichten Anfrage der Abgeordneten Gröger, Hubmann, Tusch und Genossen, betreffend die Volksabstimmung in Kärnten, wird bekanntgegeben:

Wie bereits anlässlich früherer Anfragen, betreffend die Lage im Klagenfurter Becken, mitgeteilt wurde, läßt das Staatsamt für Äußeres nichts unversucht, um der schwierigen Situation in den erwähnten Gebieten abzuhelpfen.

Die dem Staatsamte zur Kenntnis gebrachten Anzeigen und Beschwerden werden nach wie vor ausnahmslos zum Gegenstande von diplomatischen Interventionen bei der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen gemacht. Im Bedarfsfalle wird auch der österreichische Vertreter in Paris von den Vorfällen unterrichtet und angewiesen, beim Obersten Räte Abhilfe zu erbitten.

Der genannte Vertreter hat über hierortigen Auftrag auch wiederholt zusammenfassende Berichte über die schwierige Lage der deutschen Bevölkerung und speziell der Flüchtlinge aus der Zone I der Friedenskonferenz vorgelegt und gebeten, daß der bereits dormalen in Klagenfurt weilenden interalliierten Militärmission noch vor Ratifizierung des Friedensvertrages die dem internationalen Verwaltungsausschusse gemäß Artikel 50 zukommende Machtbefugnis eingeräumt werde, damit die erwähnte Militärmission in der Lage sei, die Verwaltung im Abstimmungsgebiete zu überwachen und dafür zu

forgen, daß die Volksabstimmung in unparteiischer Weise vorbereitet und durchgeführt werde.

Unsere Bemühungen in dieser Hinsicht sind nicht ohne Erfolg geblieben.

Der österreichische Vertreter in Paris meldete unter dem 22. l. M., daß unsere Beschwerden, betreffend die Zustände im Klagenfurter Becken, speziell die Schädigung der landwirtschaftlichen Produktion durch das Fernhalten der Flüchtlinge aus der Zone I von der Friedenskonferenz in ernste Erwägung gezogen worden seien.

Falls das Inkrafttreten des Friedensvertrages sich wider Erwarten noch weiter verzögern sollte, käme die antizipative Entsendung der Plebiszitkommission in Betracht und würde die französische Abordnung, welche bereits ernannt ist, mit ihrem Chef Graf Chambrun, der gleichzeitig zum Präsidenten der interalliierten Kommission ausersehen ist, in nahe bevorstehender Zeit nach Klagenfurt abreisen.

Auch die englische Delegation ist bereits zusammengestellt, jene Italiens dürfte in allernächster Zeit ernannt werden.

Es ist daher die Hoffnung gerechtfertigt, daß die Verwaltung des Klagenfurter Beckens bereits in nächster Zeit in unparteiischer Weise durch die interalliierten Mächte überwacht und den bedrängten Deutschen jener Gebiete Gerechtigkeit zuteil werden wird.

Wien, 31. März 1920.